

Wer den Frieden predigt

Wenn es in der Weltpolitik nach dem Verursacherprinzip ginge, müßte Bonn an der Spitze der Koalition gegen den Diktator von Bagdad marschieren – Hand in Hand mit der Sowjetunion, Frankreich und den Vereinigten Staaten: Moskau und Paris waren die besten Waffenlieferanten des Iraks, Washington hat ihm nach Kräften im Golf-Krieg geholfen, weil es damals vorweg die Khomeinisten zu stoppen galt. Und die Bundesrepublik – genauer: die „Krämer des Todes“, die neben dem eigenen Profit die Exportüberschüsse des Landes mehrten – lieferte mal kaschiert und mal offen, entweder direkt oder indirekt praktisch alles, was man zur modernen Kriegführung so braucht.

„Skandalöser Vorgang“

In Sammara habe – so die Darmstädter Staatsanwaltschaft – die Firma Karl Kolb nebst anderen eine komplette Giftgas-Fabrik unter dem doppelsinnigen Etikett „Schädlingsbekämpfung“ aufgestellt. Wenn jetzt Soldaten der 22-Nationen-Koalition *Lost* in die Lunge bekommen, können sie sich dafür bei fleißigen deutschen Exporteuren bedanken. Wenn die Iraker ihre Panzer an die Front vorschoben, gebührt der Firma Daimler das Kompliment; die hat nämlich massenweise Panzer-Transporter in den Irak verschifft. Abgeschossene westliche Panzer? Die wären das Opfer von Anti-Tank-Raketen namens *Hot* und *Milan*, die zwar aus dem französischen Haus „Euromissile“ kommen, aber in Wahrheit zur Hälfte ein Produkt der deutschen MBB sind. Die *Roland* (dito) würde amerikanische Tiefflieger vom Himmel holen; Radars von SEL hätten sie aufgespürt und die Ziel-elektronik von Siemens würde zusätzliche Hilfestellung beim Abschluß leisten.

Die Liste der internationalen Sünder und Bereicherer ist natürlich viel länger, aber die emsigen Deutschen – Kriegswaffengesetz hin, Außenwirtschaftsgesetz her – halten trotzdem eine unrühmliche Spitzenposition. Heute hält es Außenminister Genscher für einen „skandalösen Vorgang, mit welcher Hemmungslosigkeit deutsche Unternehmer und Staatsbürger versucht haben, sich eine goldene Nase zu verdienen“ (siehe SZ-Interview auf Seite 7). Dennoch muß man sich fragen, ob nicht die überaus laxe Handhabung der Gesetze und eine allgemeine „Bereichert euch“-Attitüde derlei „Hemmungslosigkeit“ den Boden bereitet haben. Warum holte die Polizei die Herren von der Kolb KG erst jetzt aus den Betten? Ruchbar ist die Giftmischerei schon seit fünf Jahren.

Die Frage geht noch tiefer: „Was ist des Deutschen Vaterland?“, wird am 3. Oktober entschieden sein. Aber was ist der Deutschen Verantwortung in der Welt? Die Frage stellt sich mit aller Wucht seit dem 2. August, als Kuwait dem irakischen Imperialismus zum Opfer fiel. Die besten Verbündeten der Bundesrepublik – Ame-

rika, England, Frankreich, ja selbst Holland, Belgien und die ferne Türkei – haben sich in einer Koalition unter der Devise „Bis hierher und nicht weiter“ zusammengeschlossen. Die Deutschen aber bleiben, um es auf neudeutsch zu sagen, „außen vor“ – wenn man von den sieben Minensuchern absieht, die vor Kreta nichtexistente Minen nachjagen sollen.

Kein Land hat je den Frieden enthusiastischer gepredigt als die Bundesrepublik; doch kein Land von der Statur der Bundesrepublik hält sich mehr zurück, wenn es darum geht, den Frieden notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Gewiß, die Last, die Bonn in der NATO trägt, ist enorm – mit der größten Armee diesseits vom Bug, mit Hunderttausenden von alliierten Truppen auf eigenem Territorium und mit fremden Atombomben. Aber die Bedrohung des Friedens in Europa ist verblaßt; inzwischen – und in Zukunft – legen die Saddam Husseins dieser Welt die Zündschnüre. „Sicherheit“ erheischte bislang die Verteidigung der Grenzen; heute und morgen kommt die Bedrohung des Weltfriedens im anderen Gewande daher.

Ein Saddam Hussein, keineswegs ein „Irrer“, tut, was so viele Eroberer seit Cäsar vor ihm getan haben: Er marschiert so weit, wie er kann – bis an die Grenze überlegener Gegenmacht. Daß er dabei ganz Arabien im Visier behält, derweil er Giftgas schon hat und eine Atombombe will, geht auch die Deutschen etwas an – erst recht, wenn „nur“ schnödes wirtschaftliches Kalkül die Interessen lenkt. Denn auch den friedfertigsten Deutschen kann es nicht egal sein, wer und zu welchem Preis den industriellen Lebenssaft Öl liefert. Wer darüber hinaus denkt, den muß auch „betroffen“ machen, daß ein Diktator wie Saddam so schamlos Minimal-Normen im Leben der Völker zertrampelt. Geiselnahme gehört zu jenen Kriegsverbrechen, die vor dem Nürnberger Tribunal abgeurteilt wurden.

Niemand verlangt von den Deutschen, den „Weltpolizisten“ zu spielen. Überdies hat es den Deutschen gut zu Gesicht gestanden, daß sie nach 1945 leise und bescheiden aufgetreten sind; der zweite Wilhelm und der erste Adolf haben gereicht. Schließlich sollten sich gerade die Deutschen und gerade jetzt, wo die Fesseln des Nachkriegs-Systems wegfallen, vor martialischen Gesten und nationalistischen Reflexen hüten. Doch bedeutet Größe nicht Größenwahn, schließt Vorsicht nicht Verantwortung aus. Und die hat Bonn in den letzten Wochen streng rationiert.

Daß dabei das Grundgesetz ins Feld geführt wird, macht die Sache nicht besser. Ausdrücklich erlaubt es Art. 24 GG dem Bund, „sich zur Wahrung des Friedens in einem System kollektiver Sicherheit“ einzuordnen. Die UNO ist ein solches System, das im Dienste des Friedens auch Gewalt sanktioniert, und die NATO ebenfalls. Die Verfassung stand dem NATO-

Beitritt 1955 ebensowenig im Wege wie dem Bundesgrenzschutz 1976 in Mogadischu. Das GG als Schild gegen Zumutungen von außen hat nicht Karlsruhe erfunden, sondern der Bundessicherheitsrat unter der Ägide Helmut Schmidts. Als die Amerikaner 1982 Bündnistreue in Afghanistan anforderten, wurde *politisch* entschieden. Und so hieß es am 3. November *ex cathedra*: Laut GG dürfen Streitkräfte nur aufgeboden werden, wenn die „Bundesrepublik selbst“ angegriffen werde.

Bequemes Tabu

Das (bequeme) Tabu entspringt also taktisch-politischem Kalkül, und genau um dieses Kalkül geht es heute auch. Damals hat Schmidt den Machtverhältnissen Respekt gezollt und verkündet: „Wir können uns Gesten der Stärke gegenüber Moskau nicht erlauben.“ Doch heute ist das mächtige Moskau nicht im Spiel, sondern im selben Boot. Heute geht es darum, daß Bonn ebenso seinen Part gegen einen skrupellosen Diktator spielt wie die Mini-Mächte Holland und Belgien. Oder wie es selbst des Kanzlers „Kissinger“, Horst Teltschik, ausdrückt: „Deutschland kann auf Dauer keine Politik nach dem Motto verfolgen: Die anderen übernehmen das Risiko, wir zahlen brav, halten uns aber aus allem fein raus.“

Wenn denn Bonn bloß zahlen würde – zum Beispiel an die Türkei, Ägypten oder an Jordanien, denen das Embargo am meisten abfordert. Man muß ja nicht gleich in den Krieg ziehen, um Solidarität gegen die Friedensbrecher zu demonstrieren. Eine militärische Präsenz im NATO-Land Türkei würde die Abschreckung erhöhen und den exponierten Türken zeigen, daß auch die Deutschen auf ihrer Seite sind. Minensucher, beileibe keine Angriffswaffen, sollten dort suchen, wo Minen wahrscheinlich sind. Aber vorerst, so will es Bonn, soll die Verfassung geändert werden. Was nichts anderes bedeutet als: „Diesmal wieder ohne uns.“

VON JOSEF JOFFE